

Sozialistische Gruppe (SG)

Heft 2

Antifaschistischer Kampf in Zeiten der Green Card: Mit rechtverstandenenem gegen rechtsradikalen Nationalismus

Termine! S. 2 u. S. 32

Instrumente kritischen Denkens, wie wir sie gar nicht mögen

“Das ist aber undemokratisch” s. 13

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Was bleibt von Karl Marx ? s. 17

“Uni-Skandal” an der FAU:

Prof. Dr. Maximilian Forschner (Philosophie) schreibt ab

Eine Komödie s. 22

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Für Psychologen, Pädagogen und Philosophen eine immer wieder heiße -
gleichwohl falsche Frage:

Ist der Wille frei oder determiniert? s. 24

Termine!

GegenStandpunkt

Politische Vierteljahreszeitschrift

Die Redaktion bietet eine regelmäßige Gelegenheit zur politischen Diskussion. Themen sind Innen- und Weltpolitik, Wirtschaft und Geistesleben; ferner Artikel, die in unserer Zeitschrift erschienen sind.

**Ort: Ex-KOMM, K4 im Künstlerhaus,
Nürnberg, Königstr. 93, Festsaal.**

Donnerstag, 12. Oktober 2000, 20.00 Uhr

Die Ölpreiskrise

Der Ölpreis verdreifacht sich im Laufe von 2 Jahren. Na und? Preise steigen und fallen und immer gewinnt die eine Seite dabei, während die andere dadurch ärmer oder gar ruiniert wird. Das ist ja gerade der Witz an der freien Marktwirtschaft: Die Lizenz zur rücksichtslosen Ausbeutung der Abhängigkeit anderer vom eigenen Warenangebot ist eingeschlossen. Es gibt kein Recht auf bezahlbare Preise. Oder doch? Beim Öl bestehen die demonstrierenden Trucker darauf, dass sein Preis eine politische Sache ist – und die Regierung gibt ihnen durch ihre Reaktion recht. Sie verspricht Hilfen, verlangt von der OPEC höhere Förderquoten, kritisiert Preisabsprachen der Multis, streitet in der EU um die Harmonisierung der Mineralölbesteuerung, sieht die Euro-Krise durch den Ölpreis verschärft und wendet zusammen mit den USA und anderen einen drohenden Absturz der Weltkonjunktur durch gemeinsame Stützungskäufe der trudelnden EU-Währung ab. Alles nur wegen dem Öl?

Donnerstag, 16. November 2000, 20.00 Uhr

Seattle - Melbourne – Prag

Eine neue Weltbewegung gegen den globalen Kapitalismus klagt die internationalen Agenturen des Weltmarkts dessen an, dass ihre Regelungen, Kreditvergaben und Finanzstrategien nicht einem Welt-Gemeinwohl sondern nur den Interessen des Big Business dienen würden. Die Idee eines gerechten und allseitig vorteilhaften Weltmarkts, mit der die Demonstranten gegen WTO, IWF und Weltbank zu Felde ziehen, ist leider ein großer Blödsinn.

Donnerstag, 14. Dezember 2000, 20.00 Uhr

”Wir brauchen Existenzgründer, Unternehmergeist, Start Ups!”

Heute lebt das Volk nämlich vom Kapital und nicht umgekehrt! Arbeit gilt nichts mehr; Arbeitnehmer sind der passive Rest, der nichts unternimmt. Von sich aus bringen die einfalllosen Arbeitskräfte sowieso nichts zusammen; sie sollen froh sein, wenn ein innovativer Unternehmer sich ihrer Unselbständigkeit annimmt. Nach 100 Jahren des sozialistischen und faschistischen Lobs der Arbeit kehrt die kapitalistische Welt zu den Ansichten des 19. Jahrhunderts zurück. Warum? Und was ist dran, an der Unselbständigkeit der Arbeiterklasse?

Antifaschistischer Kampf in Zeiten der Green Card: Mit rechtverstandenenem gegen rechtsradikalen Nationalismus¹

Bis vor kurzem gehörte es zu den alltäglichen Gewohnheiten zeitungslesender und fernsehender Bürger, sich in unregelmäßigen, aber kurzen Abständen über neueste Überfälle von „Neonazis“ auf Ausländer, Linke, Obdachlose oder jüdische Friedhöfe informieren zu lassen. Das war nach dem Abschalten der „Lichterketten“, mit denen Anfang der Neunziger Jahre Ausländerfreunde ihre ganz persönliche Betroffenheit durch brennende Asylantenheime so stimmungsvoll beleuchtet hatten, kein Anlass mehr für besondere Aufregung im „öffentlichen Raum“. 746 rechtsradikale Gewaltdelikte soll der Bundesverfassungsschutz allein in 1999 in aller Stille aufaddiert haben, etliche davon - allein im Osten seit der Wende über 100 - mit Todesfolge (SZ, 1./2.8.00); die vielen nicht angezeigten Fälle oder von der Polizei in der Rubrik derer abgelegten, die „keinen fremdenfeindlichen politischen Hintergrund erkennen lassen“, nicht mitgezählt.

*

Nach einem noch ungeklärten Bombenanschlag auf jüdische Russlandauswanderer in Düsseldorf und der Tötung eines Obdachlosen durch Skins in Ostdeutschland, beginnt die Nation auf einmal *laut mitzuzählen*. Dabei kommt sie leicht auf fünf bis zehn rechtsradikale Attacken pro Tag, mit denen die Aktivisten der rechten deutschen Jugend vor allem Ausländern, aber auch Linken und anderen „asozialen Zecken“ tätige Hinweise auf ihre Unbeliebtheit in deutschen Landen geben. Diese Jugend soll Umfragen zufolge insbesondere im deutschen Osten zu etwa 30 Prozent mit ausländerfeindlichem Gedankengut sympathisieren und sich in kaum geringerem Umfang zu ihrer „Gewaltbereitschaft“ bekennen. Dieser ziemlich bekannte Zustand und seine alltäglichen Folgen in der ganzen Republik werden nun unter Beteiligung aller demokratischen Parteien und mit einer regelrechten Medienkampagne noch einmal offiziell und öffentlich „entdeckt“. Der großspurigen Deklaration „*national befreiter, ausländerfreier Gebiete*“ in den neuen Ländern, der zunehmenden „*Dominanz einer rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Jugendkultur*“, der ständigen Herausforderung der demokratischen Staatsmacht durch Demonstrationen, Anschläge auf beliebige fremdländisch aussehende „Mitbürger“ und der dafür verbenden „gewaltverherrlichenden“ Agitation auf der Straße und im Internet: Dem allem entnimmt die Staatsge-

walt nicht zu unrecht eine feindselige *Insubordination* unter ihre politische Linie, die sie nicht länger hinnehmen will.

*

Ausgegangen ist die aktuelle Entzweiung nicht von den Rechten im Lande. Sie haben ihren Standpunkt in der Ausländerfrage nicht geändert. Bei ihren Aktivitäten gegen eine Überfremdung des Volkskörpers konnten sie sich bisher immerhin „*durch die Menschen in ihrem Umfeld bestätigt fühlen*“ und für ihr Tätigwerden „*viel klammheimliche Zustimmung*“ (SZ, 31.7.00) erten. Was die Innen- und Justizminister, Ministerpräsidenten und sonstigen politischen Führungsfiguren aus ihrem Umfeld betrifft, so war in den letzten Jahren klammheimliche Bestätigung ihre Sache nicht. Sie gaben mit ihrem gesetzgeberischen und polizeilich exekutierten Kampf gegen eine „*Begrenzung der unerwünschten Zuwanderung*“, gegen „*Asylmissbrauch*“ und „*Wirtschaftsflüchtlinge*“, bis hin zur Organisierung ihrer gesamten Nachbarländer zu dem „*Schengenland*“, das Deutschland vor der „*Asylantenflut*“ schützen und das „*volle Boot*“ Deutschland vor dem Umkippen bewahren sollte, den allgemeingültigen Standpunkt vor. Dass man sich als Deutscher von den aus allen Weltgegenden herbeiströmenden Ausländern zu Recht *fast unerträglich belastet* fühlen durfte, dass die Fremden ein *kaum lösbares finanzielles und ein Ordnungsproblem* darstellten, noch dazu bei grassierender *Arbeitslosigkeit*, dass es die Völkerschaften der ganzen Welt offenbar darauf abgesehen hatten, *Deutschland auszunützen*, und Deutschland sich insofern gegen den großen Rest der Menschheit, der hierher will, aber kraft Geburt *gar nicht hierher gehört*, in einer prekären *Abwehrhaltung* befand: das alles war für jedermann der Ausländerpolitik der BRD und der zugehörigen parteiübergreifenden Agitation in den letzten Jahren unschwer zu entnehmen. Wenn Teile der nationalistisch bewegten Jugend den offiziellen Standpunkt auf eigene Faust betätigten, wenn sie sich von der mangelnden Härte und Konsequenz seiner rechtsstaatlichen Exekution enttäuscht und verraten fühlten, wurde mit den staatlichen Gegenmaßnahmen *nicht* dieser *Standpunkt*, sondern nur seine *kriminelle Konsequenz* ins Unrecht gesetzt. Dies zeigte sich regelmäßig so, dass noch jeder ausländerfeindliche Exzess neben der Abwicklung allfälliger Betroffenheit und des Strafverfahrens zumindest insoweit auf *Verständnis* rechnen konnte, als solchen Ereignissen von Politik und Öffentlichkeit stets auch der Auftrag zu einer verbesserten Regelung des *Ausländerproblems* in dem Sinne entnommen wurde, dass man durch weitere Verschärfung von Asyl- und sonstigen Zuwanderungsvorschriften die Bevölkerung vor weiterer Belastung *schützen* müsse, um künftige fremdenfeindli-

che Reaktionen zu vermeiden - ein Auftrag, der ausgiebig erfüllt worden ist und der nach wie vor auf der nationalen Tagesordnung steht.

*

Es ist ja auch gar nicht so, dass diese Sorte Verständnis mit den letzten erschlagenen Ausländern schlagartig erstorben ist. Dennoch, die Vertreter der rechtsstaatlich abgewickelten Ausländerfeindlichkeit der offiziellen Politik haben jetzt die unzufriedenen, enttäuschten und kritisch radikalisierten Ausländerfeinde in der rechten Szene als nationales Problem entdeckt und ihnen hochoffiziell den Kampf angesagt. Die bundesdeutsche Politik hat nämlich inzwischen ihrem Standort Bedürfnisse abgelauscht, die zu einer gewissen Neuorientierung bei der Betrachtung des lebenden Inventars der globalisierten Welt geführt haben. Dass der *sachliche* Reichtum der ganzen Welt eine einzige deutsche *Geschäftsgelegenheit* ist, auf die die Nation ihrer weitgespannten Interessen wegen einen Anspruch hat, und umgekehrt die *Investoren* der ganzen Welt eingeladen sind, mit ihrem Kapital den deutschen *Standort* zu stärken, ist schon lange keine Neuigkeit mehr. Die aus dem zurückliegenden Erfolg erwachsende „Entdeckung“, dass seine künftige Fortsetzung auch den Zugriff auf die weltweiten *menschlichen Ressourcen* verlangt und ein gewisses internationales Kontingent brauchbaren Menschenmaterials *vor Ort* unverzichtbar ist, ist jüngerer Datums. Der deutsche Imperialismus ist gerade dabei, sich sein *Recht am Ausland* unter Einschluss des Rechts am *Ausländer*, sofern er zu den „*besten Köpfen*“ gehört, die „*uns nützen*“, neu zurecht zu legen und mit bunten „Cards“ und neuem Zuwanderungsrecht die Verfügbarkeit des gewünschten internationalen *human capital* für die Nation in „*innovativen Rechtsformen*“ zu organisieren. Mit dem politischen Beschluss, dass Deutschland in der Konkurrenz der Standorte nur bestehen kann, wenn es sich die Nutzung des *weltweiten Arbeitsmarktes* und der dort greifbaren Qualifikationen sichert, ist eine neue Linie in der Frage der *political correctness* des deutschen Nationalismus in Kraft: Weil wir heute Ausländer *brauchen*, jedenfalls einige von ihnen, die *richtigen* eben, gilt nicht mehr die uneingeschränkte Maxime: ‘Das Boot ist voll’. Jetzt geht es darum, Ausländer berechnend, nach ihrer Brauchbarkeit für die deutsche Reichtumsproduktion auf Weltniveau, zu sortieren und den Import der erwünschten Nichtdeutschen möglichst „unbürokratisch“ zu regeln. So sieht heute korrekte Ausländerpolitik neuen Typs im wohlverstandenen deutschen Interesse aus.

Wenn *heute* Rechte, die sich Stoibers, Becksteins, Kochs oder Schilys Ausländerhetze *von gestern* haben einleuchten lassen, sich bei Demonstrationen

die Ausländer nach draußen und deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche wünschen und bei Gelegenheit gleich ein paar Fremden heimleuchten, zeigen sie nicht nur, dass sie den Wandel der Definition dessen, *was heute deutsch-national heißt* und was ein aufgeklärter, korrekter Nationalismus erfordert, nicht verstanden haben; sie *schädigen* ein deutsches Interesse, dessen Befriedigung die Verwaltung des Standorts als Bedingung künftigen Konkurrenz-erfolges ausgemacht hat, und können demgemäß ab sofort *nicht mehr* mit dem *Verständnis* der regierenden Nationalisten rechnen, eher schon mit dem Einsatz der Bürgerkriegsarmee des Bundes, des Bundesgrenzschutzes.

*

So kommt es zu einer Wende im Umgang mit denen im Lande, die an ihrer konkurrierenden Definition eines korrekten nationalen Standpunkts festhalten. Seine Schärfe bekommt der Zwist daher, dass diese Typen auf die neue Festlegung des deutschen Interesses an den Ausländern *von oben* mit der *Anmaßung von unten* antworten, ihr vom neuen nationalen Mainstream abweichendes und deshalb falsches und schädliches Verständnis von Nationalismus auch künftig praktizieren zu wollen, sich dabei provokativ auf Traditionen der Nationalsozialisten berufen und zu allem Überfluss auch noch schwere Straftaten begehen. Damit wird die alternative Sortierung der Bevölkerung durch den Rassismus der Rechtsradikalen, die sich den nationalistischen Berechnungen der neuen Zuwanderungs-Strategen verweigern, endgültig zu einer Frage der *Staatssicherheit*: In den Aktivitäten der Rechten sieht die Staatsmacht nunmehr einen unerträglichen Mangel an Respekt *vor* ihrem, wenn nicht schon die Eröffnung einer ernstzunehmenden Konkurrenz *um* ihr „Gewaltmonopol, das nun gegen die Neonazis konsequent durchgesetzt werden“ soll (Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, SZ, 2.8.00).

Sie gibt dem Thema deshalb ab sofort die Bedeutung eines *erstrangigen Problems* der deutschen Politik und kündigt an, vertreten durch eine kaum überschaubare Truppe entschlossen verlautbarender Politiker, künftig unnachgiebig den Rechtsradikalen entgegentreten zu wollen. Anfang August erklärt der demokratische Rechtsstaat ein paar Wochen lang jeden Tag mehrmals zur besten Sendezeit und auf allen Titelseiten seine Absicht, sich *seine Definitionsgewalt* darüber, wann und in welchem Maße die *von ihm* beschlossene Tagesordnung zur *Maßnahme* wird, keinesfalls streitig machen zu lassen. Da will er für die Asyl- und Ausländerpolitik nichts anderes gelten lassen als für alle anderen Felder des Regierens: *Er* behält sich vor festzustellen, wo staatsnützliche, also erwünschte Migration anfängt und wo die schädliche. Und

nur Sache der *Politik* ist es zu bestimmen, welche und wieviele Ausländer wir wo und wofür brauchen und wann das Boot wirklich voll ist. Und genauso ist es im übrigen *Sache des Staates*, die von ihm geschaffenen *Obdachlosen* zu verwalten und staatsfeindliche *linke Umtriebe* zu bekämpfen. Dafür sorgt er mit dem Einsatz der gesetzlich vorgesehenen gewaltbereiten Organe, und niemand sonst.

*

Was die Regierung wegen der Uneinsichtigkeit und Anmaßung der Rechten zum Problem für die *innere Ordnung* der Republik erklärt, stört sie im übrigen auch in anderer Hinsicht: „*Die rechten Schläger drohen sich als gravierender Nachteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu etablieren, erst recht für den immer noch schwächelnden Osten.*“ Politiker „warnen“ täglich „*vor negativen Folgen für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Klima in Deutschland*“ (SZ, 1.8.00), und die Sprecher von BDI und Handwerkern, IHK und DIHT fürchten das Ausbleiben ausländischer Investoren. Zwar „*habe man noch keine Erkenntnisse darüber, dass wegen der zunehmenden Gewalt Investoren ausblieben*“, wohl aber gebe es „*Anzeichen, dass internationale Forscher und Experten Veranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg meiden würden.*“ (SZ, 2.8.00) Was immer es mit den Sorgen der weltoffenen deutschen *Kapitalisten* auf sich haben mag, deutsche *Politiker* sehen jedenfalls Grund zu „*Befürchtungen um das Ansehen Deutschlands*“ (SZ, 1.8.00). Sie halten es für ausgesprochen misslich und darüber hinaus für ihrem Rang nicht angemessen, sich unerwünschten politischen Fragen, Misstrauen und Häme auf internationaler Ebene ausgesetzt zu sehen. Deutschland hat sich schließlich selbst als *Verteiler von Zensuren* vorgesehen und als supranationale Instanz, die die Kriterien der Statuszuweisung in der Union festlegt und - wie im Fall Österreich - Strafen auch für *interne* gemeinschaftsgefährdende nationalistische Umtriebe zumisst, und nicht als ein Land, das von anderen für *seine* inneren Zustände schlechte Noten *bekommt*. Deshalb legt die deutsche EU-Führungsmacht größten Wert auf ihren international einwandfreien Leumund. Deutsche Politiker verkennen aber auch nicht das *praktische Störpotential* im Hinblick auf das europäische Einigungs- und Weltmachtprojekt, das einem Aufschwung des europafeindlichen Rechtsradikalismus in der deutschen EU-Hauptmacht und seiner exemplarischen Ausstrahlung auf andere Länder innewohnt. Das muss mit allen Mitteln verhindert werden.

*

Der Fassung des “Problems” als Problem “unseres” *Gewaltmonopols* und seiner internationalen Durchsetzung entspricht die Abhilfe: Der erste Einfall heisst quer durch alle Parteien „Draufhauen“. Bundesgrenzschutz und Polizei sind gefordert, schärfere Gesetze, härtere Anwendung der bestehenden, schnellere Gerichtsurteile, Sondergerichte für rechtsradikale Gewalttaten, Zurückdrängung des milderen Jugendstrafrechts, Existenzvernichtung durch Kündigungen, verstärkte Überwachung, Internet-Kontrolle, Beschränkung des Demonstrationsrechtes, Verbot der NPD. Das geht vom notorischen Beckstein, der damit gleich eine Konkurrenz rechts von der CSU, wo eigentlich keine mehr sein sollte, abräumen will, bis zu dem feingeistigen Lichterketten-Lorenzo: „*Ich glaube sehr stark an Repression.*“ (im Presseclub der ARD)

Die zweite Idee ist - gegen Rechtsradikalismus fallen Demokraten eben immer nur rechtsradikale Mittel ein -, den Nationalismus, den man als Ursache des Rechtsradikalismus weder benennen, geschweige denn *kritisieren* wollte, agitatorisch zu *benutzen*: Einsichtige Deutsche sollen sich in der Ausländerfrage auf die Politik der Regierung, und damit auf den *Nutzen* der Nation einerseits und ihre *Ehre* andererseits einschwören lassen, um die Rechten, die dem Vorteil wie dem Ansehen des Landes schaden, *auszugrenzen*; nach dem Motto Stolpes: ‘Man muss den Kerlen in die Köpfe bleuen, dass sie keine Patrioten sind!’

Dabei soll eine „*Kampagne der Vorbilder*“ helfen. In ihr sollen „*Führungsfiguren*“ der Gesellschaft wie Günther Jauch und Veronika Ferres, Zlatko und die Kanzlergattin „*Gesicht zeigen*“, so das Motto der Veranstaltung, und damit um Sympathie und Vertrauen für die Regierungslinie in allen Fragen eines politisch korrekten Nationalismus werben: Wer für deutsche Interessen steht, das dürfen nicht die hergelaufenen Skins und Faschisten aus dem Bodensatz der Gesellschaft mit ihrem egalitären Glauben an die Gleichheit aller Volksgenossen definieren. Das soll man lieber vertrauensvoll *kompetenten Leuten* aus der dazu berufenen *Elite* des Landes überlassen, nach der Devise: Wer am meisten Geld verdient und zu den Prominenten in Deutschland gehört, hat auch am meisten recht. Die basteln an einem richtigen demokratischen Umerziehungs- und Agitationsprogramm *gegen* den „*dumpfen*“ und *für* einen rundum sympathischen, funktionellen und irgendwie coolen *demokratischen Rassismus*, von dem alle etwas haben, besonders „*wir*“. Das lassen sie von den „*Vorbildern*“ aus Film, Funk und Fernsehen promoten und repräsentieren, mit der moralisch einwandfreien Werbebotschaft, dass auch Ausländer ganz schön nützlich für Staat und Gesellschaft sein können, wenn es sich um die Richtigen handelt. Den letzten Beweis dafür treten die in allen

Fragen der Ausnutzung verschiedenartigsten Menschenmaterials *kompetentesten* und *glaubwürdigsten* der nationalen Führungsfiguren an, die deutschen *Kapitalisten*: Würden die vielleicht einem Ausländer 100 000 DM p.a. in den Rachen werfen, wenn er nichts nützte? Na eben!

*

Die Anwendung der schärfsten Waffe der freiheitlich demokratischen Grundordnung zur Ausgrenzung einer missliebigen politischen Konkurrenz, ein *Parteienverbot*, ist hinsichtlich seiner *Notwendigkeit* und *Erwünschtheit* in bezug auf die NPD, als die derzeit größte Organisation der Rechtsradikalen, in demokratischen Kreisen unstrittig. Die Vorstellung, es zulassen zu müssen, dass sich eine nationalistische Partei als „politischer Arm“ der rechtsradikalen Schlägerbewegung erfolgreich in ihrer Parteienkonkurrenz etablieren könnte, schmeckt diesen Kreisen gar nicht. Das führt zu einem umfänglichen öffentlichen und nichtöffentlichen Raisonement über die *Erfolgsaussichten* eines Verbotsantrages einerseits und seinen *Nutzen*, im Falle seines Erfolges, andererseits.

Die demokratischen Konkurrenten, die in einem gerichtlichen Verbot der NPD endlich *das schlagende Argument* gegen diese Partei gefunden haben - ein besseres ist ihnen nie eingefallen -, trauen nämlich der Rechtslage und ihrem *obersten* Gericht nicht ohne weiteres zu, den erwünschten Erfolg auch wirklich zu liefern: Immerhin hat man es hier mit einer Partei zu tun, deren *Programm* es *nicht* verbietet, sie jährlich mit ca. 1,2 Mio DM aus öffentlichen Mitteln zu fördern. So könnte es passieren, dass das Bundesverfassungsgericht bei Prüfung der Verbotsgründe im Programm auf nichts als den wohlbekannten Nationalismus stößt, wie er in allen anderen Parteiprogrammen so liebe- und verantwortungsvoll ausgemalt wird, daran nichts auszusetzen findet und eine für ein Verbot ausreichende Zuordnung krimineller *Taten* im Sinne einer „*kämpferischen Gegnerschaft zur freiheitlich demokratischen Grundordnung*“ zu dem überhaupt nicht kriminellen *Parteiprogramm* nicht vornimmt. Diese Vorstellung ist den etablierten Parteien ein Graus, würde eine solche Pleite doch einer rechtsstaatlichen „Heiligsprechung“ der NPD gleichkommen, die man unter allen Umständen vermeiden will. Deshalb hebt ein großes Abwägen und vor allem Recherchieren an, wieviel „*Gerichtsverwertbares*“ man dem ungeliebten Konkurrenten ans Bein binden könnte.

Das macht die diskreten Herren von den Verfassungsschutzämtern derzeit zu beliebten Interviewpartnern und deren berufsspezifische Schnüfflerdummheit zum Gegenstand interessanter Debatten: Die Agenten des demokratischen Überwachungsstaates gelten nämlich als *die* Experten für den

Nutzen des ins Auge gefassten Parteiverbotes. Sie halten dafür, dass, einmal verboten, die NPD erheblich „*schwerer zu beobachten*“ wäre, und melden deswegen Bedenken an. In ihrer Berufsblindheit halten es die Verfassungsschützer für den wesentlichen Zweck eines vom Staat angefeindeten politischen Vereins, seiner Observation Schwierigkeiten zu machen, und übersehen dabei glatt, was für ein Schlag das Verbot für eine Partei ist, die auf nationale Öffentlichkeit aus ist und am liebsten möglichst massenhaft demonstrierend unter dem Brandenburger Tor wahrgenommen werden möchte. Aus Verfassungsschutz-Sicht wird die - derzeit noch legale - Öffentlichkeit der Partei zu einer einzigen guten Bedingung der geheimdienstlichen Überwachung und *daraus* ein Argument gegen einen Verbotsantrag. Auch nicht schlecht. So ähnlich haben wir uns das Verhältnis von Legalität und Kontrolle in der wehrhaften Demokratie schon immer vorgestellt.

Was Demokraten zur “Erklärung” des Rechtsradikalismus einfällt: Verwerfliche Entgleisungen autoritär sozialisierter Ex-Zonis²

Mit dem “Problem” des Rechtsextremismus ist auch die Frage nach Diagnose und Anamnese des grassierenden gesellschaftlichen Übels aufgeworfen, denn: „*Voraussetzung für eine erfolgreiche Therapie ist bekanntlich eine klare Diagnose*“ (Schily, Der Spiegel, 32/2000). Auf diesem Feld ist allerdings einiges im Angebot. „Klar“ an der Diagnose scheinen aber, bei aller Pluralität des politischen und sozialpsychologischen Diskurses, den Ursachenforschern *zwei* „*Erklärungsansätze*“ zu sein: Dass aus Arbeitslosigkeit, Armut und hoffnungsloser sozialer Lage Rechtsradikalismus und der Hang zum Totschlag gegenüber ausländischen, linken oder noch stärker pauperisierten Mitbürgern erwachsen, leuchtet jedem Vulgärmaterialisten ohne weiteres Argument ein, auch wenn weder vulgäre noch materialistische Argumente im Spiel sind, wenn sich die Wut der „*Zukurzgekommenen*“ ausgerechnet gegen Leute richtet, die garantiert nichts mit den Gründen ihrer Armut zu tun haben: gegen Ausländer, durch Pass und Hautfarbe ausgewiesene *Nicht-Mitglieder* der Volksgemeinschaft. Dass die Hälfte der einschlägigen Delikte in den „neuen Ländern“ passiert, obwohl dort nur 21 Prozent der Bevölkerung leben, erklärt sich demnach aus der dort noch schlechteren sozialen Lage. Andererseits - das merkt inzwischen jeder zweite Feuilletonist -

enthält diese Erklärung viel zu viel Verständnis im Vergleich zur jetzt gebotenen Verurteilung des Rechtsradikalismus, so dass jetzt auch mal die tiefschürfende Erinnerung angebracht ist, dass schließlich nicht jeder Arbeitslose automatisch rechtsradikal ist und umgekehrt nicht jeder Rechtsradikale arbeitslos. Berücksichtigung des 'subjektiven Faktors' ist also geboten. Und da gibt es unendlich viele, aber einige besonders schöne Angebote für das intellektuelle Bedürfnis, die rechtsradikale Haltung aus dem Umkreis verständlicher nationaler Regungen *auszugrenzen* und als durch und durch verwerflich zu *ächt*en; so vor allem die besonders ungünstigen Bedingungen in den neuen Ländern. Die bevorzugte Erklärung Nummer zwei lautet, dass dort Faschisterei und Fremdenfeindlichkeit als *mentales Erbe der untergegangenen DDR* ihr Unwesen in den Köpfen der Ossi treiben, also aus den verflössenen und nie und nimmer aus den jetzigen Staatsverhältnissen stammen. Die Arbeiter- und Bauernmacht hatte ja bekanntlich bei sich „bloß“ den Kapitalismus abgeschafft und damit leichtfertig und „ideologisch“ die „*Wurzel allen Übels für ausgerottet erklärt*“ und „*mit ihrem zur Staatsideologie erhobenen Antifaschismus ... die Ostdeutschen von jeder persönlichen Auseinandersetzung mit dem Holocaust entbunden*“ - wohingegen 'wir' im Westen uns ganz ohne Antifaschismus mit tiefer persönlicher Betroffenheit „Schindlers Liste“ reingezogen haben. Dass diese *Unterlassung ursächlich* für den jetzt besonders im Osten eingehausten Rechtsradikalismus ist, ergibt sich für die Analytiker daraus, dass es ihn jetzt dort gibt: Dann müssen wohl „*Antisemitismus und Rassismus... in Ostdeutschland seit dem Zweiten Weltkrieg überwintert (haben) und... nach der Wende wieder virulent geworden (sein)*“ - wohingegen bei 'uns' gewisse patriotische Grundüberzeugungen nie in die innere Emigration gegangen sind. Daran, dass die rechte Volkswut sich im Osten vornehmlich an Ausländern austobt, ist 10 Jahre nach seinem Ende der untergegangene Arbeiter- und Bauernstaat schuld: Einerseits hat die DDR ihre Bürger durch einen zu geringen Ausländeranteil an der Bevölkerung schlecht auf das viele „Fremde“, das ihnen heute in der Freiheit begegnet, vorbereitet; andererseits, was aber irgendwie dasselbe ist, war die „*alte DDR-Gesellschaft*“ von einer sozialen „*Homogenität*“, die ihren alten Bürgern aus unerfindlichen Gründen so gut gefallen hat, dass sie sie jetzt „*durch die Abwehr alles Fremden verteidigen*“ - wohingegen 'wir' an soviel soziale Unannehmlichkeiten gewöhnt sind, dass wir uns mehrheitlich sogar mit Ausländern abgefunden haben. Zu alledem kommt wiederum umgekehrt erschwerend hinzu, dass „*die DDR ein Ort autoritärer Sozialisation*“ war, dem, was für kommunistische Sozialisationsorte typisch ist, „*die demokratischen Traditionen*

fehlen“ (alle Zitate dieses Abschnitts aus SZ, zwischen 29.7. und 4.8.00): Schon wieder ein - wie sich heute herausstellt - folgenschweres Defizit bei der Vorbereitung der DDR-Bürger auf die Wiedervereinigung. Nach Belieben ist dem Kreis der „*zusammenwirkenden Faktoren*“ hinzuzufügen: das „*Versagen*“ von Elternhaus, Schule, Justiz und Staat überhaupt, das „*Gefühl ein Staatsbürger zweiter Klasse*“ zu sein, die kindliche Erfahrung häuslicher Gewalt und das Internet. So viele „*Faktoren*“ und „*Bedingungen*“ für rechte Gewalt; nur ihren *Grund* mag niemand benennen, obwohl er immer dann *implizit* zur Sprache kommt, wenn die Schläger von oben mit dem Argument zurechtgewiesen werden, dass ihr Tun doch ihrer ureigensten Sache, der *nationalen*, Schaden zufüge: Wie ein *Tabu*, dessen Inhalt jeder kennt, an das aber niemand rühren mag, wird der schlichte Grund der ganzen Aufregung behandelt, dass da radikal enttäuschte *Nationalisten* am Werk sind, die, jahrelang von der Ausländerhetze der offiziellen Politik angeleitet, ihr „*Deutschsein*“ für ein Privileg halten, wovon sie aber leider immer nichts merken. Für die fehlende Würdigung ihres Deutschtums im eigenen Lande wissen sie deswegen auch die *Schuldigen*: Schwache oder pflichtvergessene Politiker, die das Land und seine Bürger *undeutschen Elementen* ausliefern. Gegen die muss man sich *wehren*, im eigenen wie im Namen der Nation.

1 Leicht gekürzter Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT, Politische Vierteljahresschrift, Heft 3/2000, S. 102 ff.

Der GEGENSTANDPUNKT ist erhältlich in folgenden Buchhandlungen:

Erlangen:

Ex libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen

Palm & Enke, Schlosspl. 1, 91054 Erlangen

Nürnberg:

Bahnhofsbuchhdlg. Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 9, 90459 Nürnberg

Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg

Gondrom, Breite Gasse 45, 90402 Nürnberg

Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg

Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg

2 Nachdruck aus GegenStandpunkt Heft 3/2000, S. 106 ff.

Instrumente kritischen Denkens, wie wir sie gar nicht mögen

Kritik ist hierzulande eine seltsame Angelegenheit: Kaum stinkt jemandem irgend etwas, befasst er sich keinesfalls mit dem, was ihm angetan wird, sondern kommt mit einem Treuegelöbnis zu den herrschenden Verkehrsformen daher. Z.B. mit dem "Argument"

"Das ist aber undemokratisch"

Zweifelsfrei: Wer so argumentiert, dem passt irgend etwas nicht. Statt dem anderen aber nun vorzuwerfen, *was er macht*, wirft man ihm vor, was er unterlässt, also *nicht macht*: Der Gegenspieler hätte es bei seinem Tun an *Rücksichtnahme* gegenüber dem demokratischen *Procedere* missen lassen. So zielt die Kritik von vornherein nicht auf die *Identifikation des Gegensatzes*, der bei der Kritik allemal unterstellt ist, sondern auf die *Vereinnahmung des Gegners*: Statt den bemerkten Gegensatz auszutragen, also gegen das anzugehen, was einem nicht passt, versucht man, den Gegner auf einen *anerkannten Maßstab*, auf einen gemeinsamen Wert zu verpflichten, gegen den der angeblich *verstoßen* hat.

Paradox ist dieser Versuch allemal: Man tritt nämlich gar nicht im Namen des *eigenen Interesses* auf. Das, obwohl es doch die *Triebkraft* des Ärgers ist, *kommt überhaupt nicht vor*. Vielmehr kritisiert man den anderen im Namen eines angeblich *verletzten Wertes* - und dokumentiert damit, dass man selbst bereit ist, daran das eigene Interesse - den *Grund* des Ärgers - zu *relativieren*, weil man dasselbe vom Gegner einfordern will: Ihm wirft man vor, dass er sich nicht an das demokratische *Procedere* gehalten, also sein Interesse *nicht* diesem Maßstab *untergeordnet* hat. Widersinniger Weise glaubt man, ausgerechnet einen Gegner, von dem man gleichzeitig behauptet, er habe sein Interesse *über* das demokratische Verfahren gestellt, sich also einen *Dreck* um den gepriesenen Wert *gekümmert*, durch den bloßen *Appell* an die demokratischen Werte dazu zu bringen, sein Interesse diesen doch noch *unterzuordnen*. Umgekehrt wendet sich der Versuch, statt einer Kritik des anderen an ein gemeinsames Höheres zu appellieren, aber auch gegen den Kritiker selbst: Ihm ist -, wenn er schon alles von der Einhaltung des demokratischen *Procedere* abhängig macht, - *jeder Einwand genommen*, wenn ihm die Gegenseite nachweisen kann, dass alles nach den "Spielregeln der Demokratie" zustande gekommen ist.

Dieser *Implikation* ihres eigenen Arguments, das sich auf die gemeinsamen demokratischen *Werte* beruft, wollen sich die Kritiker aber in den selten-

sten Fällen stellen. Der Beliebtheit des Einwands: “undemokratisch” tut der Nachweis, dass alles nach Recht und Gesetz zugegangen ist, offenkundig keinen Abbruch. Allerdings nur, weil die Kritiker - wider alle Fakten - einen *Dogmatismus* ganz eigener Art in Anschlag bringen: *Eigentlich* hätte nämlich, wenn alles “wirklich”, “echt” demokratisch zugegangen *wäre, nicht* herauskommen können, was herausgekommen ist. Dabei schließen sie von der Entscheidung, die ihnen nicht passt, zurück auf den Weg des Zustandekommens, und der *kann* dann einfach nicht demokratisch gewesen sein - bei *diesem* Ergebnis. Als ob die demokratischen Prozeduren dafür erfunden worden wären, dass die Interessen aller Betroffenen *Berücksichtigung* finden.

Um *Belege* dafür, dass der Kritisierte die Bereitschaft zur Berücksichtigung der anderen *vermissen* lässt, sind die Kritiker selten verlegen: Da wird das “Verschanzen hinter der Amtsautorität” geißelt, als wären die Kompetenzen eines Amtsinhabers nicht dafür geschaffen, dass er nach eigenem Gutdünken entscheiden kann; da wird die “formal-juristische” Argumentation angegriffen, als stünden dem Kritisierten die Rechte “eigentlich” gar nicht zu, auf die er sich beruft. Das Haupt- und Generalindiz ist immer die “mangelnde Gesprächsbereitschaft” des Angegriffenen, als wäre die Bereitschaft über alles zu reden, schon ein Garant dafür, dass auch alles berücksichtigt wird. Auch die geforderte und so selten abgehaltene Abstimmung, ob sie nun rechtlich vorgesehen ist oder nicht, wird zum Indiz dafür, dass da einer “selbstherrlich” entschieden und nicht - wie es sich gehören würde - sein Interesse, gleichberechtigt neben allen anderen, dem Votum Aller zur Beurteilung überstellt hat. Kurzum: Überall *fehlt* es an dem, was nach Meinung der Kritiker die Demokratie auszeichnet. Immer ist also der gute *Glaube* an den menschenfreundlichen Sinn demokratischer Prozeduren federführend bei der Kritik.

Dabei könnte einem ein unvoreingenommener Blick auf dieses Procedere zeigen, dass es nicht um Berücksichtigung geht, sondern dass die ganze Abstimmerei eine Methode ist, andere *unterzubuttern*: Jeder weiss, dass bei Abstimmungen die *Mehrheit* entscheidet. Diese erwirbt durch den Abstimmungserfolg das Recht, über die Interessen der Minderheit *hinwegzugehen*. Die Minderheit hat sich dem Mehrheitsvotum zu beugen und zu akzeptieren, dass die eigenen Interessen nicht zum Zuge kommen.

1.

Welches von mehreren widerstreitenden Interessen sich *durchsetzt*, und welches *auf der Strecke bleibt*, ist überhaupt *die einzige* Entscheidung, die

eine Abstimmung herbeiführen kann: Ginge es nämlich einfach um die Entscheidung, was zu tun ist, müsste man über das Vorhaben und die Wege zu dessen Realisierung diskutieren. Bei Sachentscheidungen wären Abstimmungen kontraproduktiv. Allerdings setzten solche Sachdebatten ein gemeinsames Interesse an der verhandelten Sache voraus. Wer *Abstimmungen* anberaumt, unterstellt dagegen, dass es *nichts auszudiskutieren* gibt. Er geht also von unversöhnlichen Interessen aus, *zwischen* denen er eine Entscheidung herbeiführen will. Und nur dafür taugen Abstimmungen: zu entscheiden, welches Interesse sich *gegen* andere *durchsetzen* soll.

All jenen, die die *zivilisatorische Leistung* von Abstimmungen loben, ist das auch kein Geheimnis. Nur gilt ihnen der Gegensatz der Interessen, den sie im Kapitalismus vorfinden, als so selbstverständlich, dass sie als Alternative dauernd an den Kampf Aller gegen Alle denken. Nur wenn man es für die natürlichste Sache auf der Welt hält, dass der Vorteil des einen immer der Nachteil des anderen ist, befürchtet man den allseitigen Krieg - im Vergleich zu dem dann das Unterbuttern der Minderheit als wünschenswerter Ausweg erscheint.

2.

Dabei stimmt es noch nicht einmal, dass Abstimmungen den Austrag von Gegensätzen durch Herbeiführen eines für alle verbindlichen Beschlusses verhindern könnten. Abstimmungen können die *Verbindlichkeit* des Ergebnisses gar *nicht* herstellen: Wenn es nämlich bloß eine Abstimmung ist, dann ist es jedem unbenommen, die Mehrheitsentscheidung mit seinem Interesse zu vergleichen und sich nach Maßgabe dieses Interesses zum Abstimmungsresultat zu stellen. Jeder in der Abstimmung Unterlegene kann sich überlegen, ob er das Ergebnis mitträgt wegen bestehender Gemeinsamkeiten, die der Abstimmung vorhergehen und durch diese "strapaziert" werden, - oder ob er es nicht mitträgt, weil die Differenzen die Gemeinsamkeiten überwiegen. Dann will er auch nicht die untergebutterte Minderheit der Mehrheit sein und *trennt* sich von den anderen. Austritte und Spaltungen gehören zur Parteien- und Vereinslandschaft dazu, weil Leute, die etwas Unterschiedliches wollen, dann eben auseinandergehen.

3.

Wenn es den Abstimmenden nicht anheim gestellt ist, ob sie das Ergebnis akzeptieren, wenn die Abstimmung also für alle Beteiligten verbindlich ist, dann liegt das daran, dass das Ergebnis *verbindlich gemacht* wird. Das kann aber nur die Tat einer über den Abstimmenden stehenden Macht sein, die jeden zwingen *kann* und *zwingt*, das Ergebnis ganz *unabhängig* von der eige-

nen Interessenlage zu akzeptieren. Die Verbindlichkeit des Ergebnisses gegen alle gegensätzlichen Interessen der Abstimmenden gibt es nur als Tat einer *obersten Gewalt*, die sich alle Interessen *untergeordnet* hat.

Entgegen allen Gerüchten, dass “wir alle” nur “unsere Verantwortung” an den Staat abgegeben hätten, muss es diese Gewalt *vor* den und *unabhängig* von den gegensätzlichen Interessen geben, die sie *erlaubt* und denen sie ein *Miteinander aufzwingt*. Gegensätzliche Interessen, die von sich aus gar keiner Gemeinsamkeit fähig sind, kommen zu keinem Konsens. Der muss ihnen schon aufoktoyiert werden, - durch eine Macht, der alle gleichermaßen unterworfen sind und deren Entscheidungen sie sich zu beugen haben. Die gemeinsame Unterordnung unter die Staatsgewalt ist so jeder verbindlichen Abstimmung *vorausgesetzt*. Und darin, dass die Abstimmenden Untertanen der Staatsgewalt sind, besteht dann auch ihre einzige Gemeinsamkeit, eine Gemeinsamkeit, die es zwischen ihren Interessen gar nicht gibt.

4.

Wenn nur der Staat mit seiner Macht für die Verbindlichkeit von Beschlüssen sorgen kann, die einem Gutteil der Betroffenen nicht schmecken, dann sind die Abstimmungen auch *sein Werk*. *Er* entscheidet, wo er Abstimmungen zulässt, wo er sie zwingend vorschreibt, und wo “Demokratie fehl am Platze” ist. *Er* setzt Abstimmungen an, oder unterlässt sie nach seinem Gutdünken. Kurzum: Die oberste Gewalt organisiert Abstimmungen als *ihr Mittel*, und das nicht nur dort, wo die Gegensätze der bürgerlichen Welt eine staatsdienliche Verlaufsform erhalten sollen.

Seinen Ausgangspunkt hat das ganze Abstimmungsgewese nämlich im Verhältnis der demokratischen Staatsgewalt zu ihren Untertanen, wo es sich auch so unnachahmlich auf den Begriff bringt: In den *Wahlen*, diesem “highlight der Demokratie”, wird sowieso *nichts entschieden*, sondern hier wird abgestimmt, damit *zugestimmt* wird. Der Bürger darf zwischen verschiedenen *Figuren* “wählen”, die sich um die politischen *Ämter* bewerben, mit denen die Staatsräson schon längst definiert ist. Und zu der Staatsräson, den *Herrschaftszwecken* sagt der Bürger allemal *Ja*, wenn er “entscheidet”, ob er lieber einen Sozi oder einen Rechten als Kanzler möchte. Es wäre ja auch absurd, wenn ausgerechnet die oberste Gewalt den hoheitlichen Gebrauch ihrer Macht sich von denen vorgeben ließe, über die sie herrscht.

Aber selbst hier - in den obersten Etagen der Macht - bewährt sich, dass es eine Mitte zwischen gegensätzlichen Interessen nur dann geben kann, wenn diese vorab feststeht, - und dass Wahlen nur dann etwas taugen, wenn sie die allfällige Akklamation inszenieren: Nur wenn der Gebrauch der Macht *fest-*

steht, "entscheiden" Wahlen etwas, nämlich: *wer* sie ausüben darf. Ringen wirkliche Alternativen der Staatsführung um die Macht, kann keine Wahl der Welt den Bürgerkrieg verhindern.

Dass Demokratie ein *Verfahren der Machtausübung* und sonst nichts ist, rächt sich übrigens an den Kritikern: Der Sinn und Zweck der ganzen Prozeduren -, *das Ja zur Unterwerfung*, - wird zur theoretischen Messlatte gegen jede Kritik: Die bekommt nämlich den Vorwurf "undemokratisch" *zurück*, indem nach der *demokratischen Legitimation* gefragt wird: Wodurch sähen sich denn die Kritiker *autorisiert*? Wer hätte ihnen das *Recht* zum Vorbringen der Kritik gegeben? Die *Mehrheit* etwa, die doch zu Recht *schweigend* genannt wird, weil das ihre Funktion in der Demokratie ist? Nein, kein Kritiker darf sich auf die Mehrheit berufen! Er beweist doch schon dadurch, dass er das Schweigen bricht und etwas auszusetzen hat, dass er nicht zu ihr gehört! Wer Kritik übt, kann sich das Recht dazu nur *angemaßt* haben: *Selbster-nannt! Maul halten!*

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Was bleibt von Karl Marx ?

Eine marxistische Kritik an den segensreichen Wirkungen unserer Marktwirtschaft ist inzwischen so out, dass vielerorts Soziologen den alten Marx als Mitbegründer ihres Faches wiederentdecken und würdigen. Freilich auf ihre Art. Da der tote Mann in dem Ruf steht, dass er seine theoretische Kritik am Kapitalismus praktisch werden lassen wollte, ist Vorsicht beim Eingemeinden dieses Kommunisten geboten.

Die Frage lautet deswegen: „Was bleibt von Karl Marx für die Sozialwissenschaften.“ Und die Antwort auf diese selbstgestellte Frage fällt in aller Regel nach ausführlicher Würdigung der vielen „Fehler und Mängel“ dieses seltsamen „Soziologen“ in etwa so aus: Marx` Klassenschema aus dem letzten Jahrhundert war, wenn man es gutwillig betrachtet, so eine Art steinzeitliche Vorform des kunstvollen Zwiebelmodells der Gesellschaft, wie es richtige Soziologen heute zu entwickeln pflegen. Auch die ehemaligen Schlüsselkategorien „Kapital und Arbeit“, die er natürlich „überbetonte“, spielen „nach wie vor eine wichtige Rolle“. Und weil „das gesellschaftliche Sein teilweise auch durch Konflikt geprägt ist“, ist die „Theorie des Klassenkampfes“ zwar so überspitzt wie überholt, kann aber in gewisser Weise noch immer als

„impulsgebend“ für die moderne Konfliktforschung angesehen werden. Mehr ist aber auch nicht los mit dem Mann, den als „Klassiker der Soziologie“ zwischen so klangvolle Namen wie Auguste Comte, Max Weber oder Herbert Spencer zu stellen wohl eher ein Dokument seiner praktischen wie theoretischen Bedeutungslosigkeit darstellt. Dabei war er mal in aller Munde, die Arbeiterbewegung berief sich auf seine Theorie, Parteien und Gruppen hatten sich nach ihm benannt, für etliche Studenten der sechziger bis achtziger Jahre gehörte es sich, Marx gelesen zu haben, und mancherorts ging manche Promotion nur mit den „blauen Bänden“ - wenigstens im Literaturverzeichnis. Für Studenten des Jahres 2000 eigentlich völlig rätselhaft.

Das Rätsel ist aber keines: Marx verdankte den größten Teil aller Anstrengungen, die seinem wissenschaftlichen Werk galten, der Existenz eines Systems, das sich auf ihn als seinen geistigen Urheber berief und sich „Realer Sozialismus“ nannte. Obwohl ihn manch ein Absolvent unseres weltberühmten Bildungssystems mittlerweile für den Begründer der DDR halten mag, hätte Marx sich diese Berufung verbeten. Gleichwohl machte sie ihn zum Gegenstand umfangreicher Auseinandersetzungen. Freunde dieses Systems studierten ihn mit Verehrung, warben für sich mit seinen Worten, Gegner meinten ebenfalls, um eine Beschäftigung zwecks Widerlegung nicht herumzukommen, und die Indifferenten merkten einfach, welches Thema angesagt war.

Besagtes System hat sich bekanntlich abgemeldet. Seine Führer waren der Ansicht, mit Marktwirtschaft sei mehr Staat zu machen als mit ihren überkommenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Seitdem gilt der Kommunismus als tot, und die Befassung mit seinem wissenschaftlichen Begründer kann abgehakt oder mal eben mit ein paar eher abfälligen Bemerkungen zwischen Comte und Spencer eingeschoben werden. Eine Auseinandersetzung mit der Marxschen Theorie findet jedenfalls nicht mehr statt. Die gilt als „überholt“ und „widerlegt“ - und das sehr zu Unrecht:

Eine „unhaltbare Verelendungstheorie“

Der weltweite Siegeszug der Marktwirtschaft hat den Kapitalismus so alternativlos gemacht, daß sich Marx' Gedanke an seine Überwindung, damit alle Menschen anständig leben können, von vornherein als Ausfluß einer versponnenen „Heilslehre“ blamiert. Schon die Kapitalismuskritik in diesem Sinne gilt argumentlos als eigentlich hinfällig.

Nur so erklärt sich, dass Soziologen seine Theorie als „von der Wirklichkeit“ gründlich widerlegt hinstellen können, ohne diese Theorie oder die Wirk-

lichkeit überhaupt näher in Betracht zu ziehen. Ein paar theoretische Bruchstücke von 1867 mit Anmerkungen zur Realität des Jahres 2000 können daher nicht schaden:

„Je höher die Produktivkraft der Arbeit, desto prekärer die Existenzbedingung der Arbeiter: Verkauf der eigenen Kraft zur Vermehrung fremden Reichtums. Im Maße wie Kapital akkumuliert, muß sich die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, verschlechtern.

Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, die Produktivkraft der Arbeit, desto größer daher die industrielle Reservearmee. In diese Notwendigkeit ist die Produktion des Pauperismus als Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee eingeschlossen; mit ihr bildet er eine Existenzbedingung des kapitalistischen Reichtums.

Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol.

Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“

Was an dieser Verelendungstheorie ist überholt? Dass gerade die erfolgreichsten kapitalistischen Nationen ein Heer von Arbeitslosen verwalten und auf dieser Basis darum konkurrieren, wer das nationale Lohnniveau zum Wohle des Wirtschaftswachstums senkt, gilt 2000 genauso wie zu Marx' Zeiten. Höchstens, dass Marx die Fortschritte der diesbezüglichen Praxis nicht zu denken gewagt hätte: die Karriere Afrikas als Hungerkontinent nach erfolgreich verlaufener weltwirtschaftlicher Integration; die Rückkehr der Diphtherie in ein Land, das Raumstationen unterhält und vor marktwirtschaftlichen Ambitionen nur so strotzt; oder die Kinderprostitution als Beitrag zur halbwegs gesicherten Kalorienversorgung südostasiatischer Durchschnittsfamilien. Mit der Frage, warum die normale Nahrungsmittelaufnahme den Dermatologen die Praxen füllt, wäre Marx klargekommen: Die „Methoden zur Beschleunigung der Produktionsperiode in der Agrikultur“ hat er schließlich analysiert. Dass aber die Bewohner eines Kontinents seit Jahren die Sonne auf der Haut meiden sollen, weil die globale Untergrabung der „Springquellen allen Reichtums“ inzwischen die Stratosphäre erreicht hat, hätte Marx doch ins Grübeln gebracht. Die Vorgänge um die Arbeit im „Standort Deutschland“: vier Millionen statistisch erfasste (und dazu etliche nicht erfasste) Mitglieder der „relativen Überbevölkerung“, von denen bald ansehnliche Teile mit einer fünfprozentigen Abschreibung pro Jahr im „Invalidenhaus der Arbeiterarmee“

landen sollen; geschätzte 7000 herumstreunende Kinder, die Weihnachtsaktion der Lokalzeitung, die einem Frührentner mit der Überreichung eines Transistorradios so etwas wie einen Lebenstraum erfüllt; Lohnsenkungsrunden zur Entlastung des „funktionierenden Kapitals“; sechs Mark Stundenlohn für Bauarbeiter aus Polen; eine Abschaffung von Überstundenzuschlägen, die mit der Vermehrung der Wochenendarbeit kompensiert werden soll - all das wäre ihm schneller vertraut gewesen. Die Zustände in London und Manchester kannte er ja aus eigener Anschauung. Sie waren ihm allerdings kein Anlass zu Elendsreportagen, die an eine vermeintliche Sorgspflicht des Staates oder ans moralische Gemüt appellieren. Er nahm sie als Indizien einer Gesellschaftsordnung, die System haben. Und dem ist er auf den Grund gegangen.

Eine „Überzeichnung“ namens Klassengesellschaft

Die Analysen von Marx gelten mindestens als „eindimensional“. Immer nur an das eine gedacht, an Mehrwert, Akkumulation, an das alles bestimmende Interesse der kapitalistischen Klasse.

Ob dieser Vorwurf sitzt? Es mag ja sein, dass die Marxsche Kritik an einem Staatswesen, das die ganze Gesellschaft vom Wachstum des Kapitals abhängig macht, heutzutage auf fraglose Ablehnung stößt. Aber dann wegen ihres oppositionellen Charakters, doch nicht deshalb, weil sie den Sachverhalt falsch darstellen würde. Das Kapital ist das Lebensmittel der Nation. Jeder „Standort“-Minister sagt das dreimal am Tag, wenn er auf die „Globalisierung“ verweist, deretwegen „wir“ alles tun müssen, damit das Kapital der Welt zu „uns“ und nicht zu den anderen Nationen kommt; wenn er deswegen die berühmten „Lohnnebenkosten“ beklagt, die „wachstumsgefährdende Altersstruktur der Bevölkerung“ oder die „Konkurrenz Nachteile aus überzogenen Umweltschutzauflagen“. Fast könnte man den Eindruck gewinnen, die deutsche Exekutive sei aus lauter „wirtschaftspolitischen Sachzwängen“ schon nicht mehr dazu fähig, dem Nachwuchs genügend Kindergartenplätze zu besorgen - eine Sache, die die „völlig marode DDR“ noch mit links erledigte. Auch unser SPD-Bundeskanzler denkt derart eindimensional an den Mehrwert, daß er keine Parteien mehr, sondern nur noch starke oder schlappe Führer kennt, die den „Sachzwängen“ der Marktwirtschaft zum Wohl des deutschen Wachstums entsprechen oder nicht. Bündnis 90/Die Grünen halten das Geschäft mit der Ökologie für den Markt der Zukunft und tun in der Regierung alles für dessen Eroberung. Und die Damen und Herren von der Opposition halten das alles für ungenügend - für das Wachstum des deutschen Kapitals. Die führenden Gewerkschafter haben ihre

„Lohnkampfmaschine“ verschrottet: Wenn die Unternehmer im Rahmen ihrer Gewinndispositionen neue deutsche Arbeitsplätze bereitstellen sollen, darf man sie nicht mit der Forderung ins Ausland verscheuchen, dass die sich für den Arbeiter auch lohnen müßten. So orientieren Gewerkschaften heute ihre Möglichkeiten am alles bestimmenden Interesse der kapitalistischen Klasse.

Und von der war gerade noch gar nicht die Rede. Die Selbstverständlichkeit, mit der sie allüberall damit argumentieren kann, dass ihre Gewinne doch die Voraussetzung sind für jeden Arbeitsplatz, jede Steuer und alles, was sonst so läuft in der Marktwirtschaft, soll als Hinweis genügen.

Eine „Unterschätzung der sozialstaatlichen Interventionen“

Bismarcks Sozialistengesetz durfte Marx noch erleben, ins Geburtsjahr der Sozialgesetzgebung fällt sein Todestag. Er hat sie daher in seinem Werk nicht berücksichtigt. Die soziologische Vermutung, Marx habe wegen seiner ökonomischen Brille die den Kapitalismus modifizierende „Staatsintervention übersehen“, läßt sich allerdings weder daraus noch sonstwie erhärten.

Zur englischen Fabrikgesetzgebung von 1864 meldet „Das Kapital“ folgendes: „Was könnte die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr durch Zwangsgesetz von Staats wegen (!) die einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen aufzuherrschen?“

Was charakterisiert den Kapitalismus besser als der Umstand, daß der normale Arbeitslohn eine Vorsorge für die sicher eintretenden Wechselfälle des Arbeiterlebens - Krankheit, Beschäftigungslosigkeit, Alter - überhaupt nicht hergibt? Daß diese Produktionsweise sich auch hier „mit der blind zerstörenden Wirkung eines Naturgesetzes durchsetzt“ (Marx), also das Volk ruiniert, wenn nicht der Staat in einer Zwangsversicherung aus einbehaltenen Lohnteilen wenigstens die allgemeine Brauchbarkeit der Arbeiterschaft für das Wachstum des Kapitals organisiert?

Wer eine Probe auf das „allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ will, der Sozialstaat ist sie. Es gibt ihn wegen der zerstörerischen Wirkungen dieser Produktionsweise, um deren Gelingen es ihm geht. Daher spielt sich zur Zeit ein aufmerksamer Vorgang ab: Die Akkumulation selbst, würde Marx sagen, stellt die sozialen Einrichtungen in Frage, die doch nur zu ihrem Fortschritt veranstaltet werden. Wie man hört, sind die Einkommenshöhen, Arbeitszeiten, Krankenstände, Lebensalter, die Menschen schon in ihrer schieren Anzahl eine äußerst schwere Belastung der Wirtschaft und des Sozialstaats geworden. Der Standort Deutschland verträgt sein Volk nicht mehr. Ein „Umbau“ des „sozialdemokratischen Fürsorgestaates“ im Sinne

einer „Reprivatisierung der Sozialkosten“ steht an. Und eine „Magnetwirkung“ Richtung Ostblock braucht dabei nicht mehr berücksichtigt zu werden.

Darüber kriegt das, was jahrzehntelang zwar nicht die Wahrheit, aber der herausposaunte Stolz der Nation war: die Überwindung des Kapitalismus durch die soziale Marktwirtschaft mit ihrem „Wohlstand für alle“, ein zeitgemäßes Update: Die öffentliche Moral wird fordernd: gegen „Anspruchdenken“, „Arbeitnehmermentalität“, „Sozialmißbrauch“, „Scheinasylanten-tum“ und die „ausländische Konkurrenz“. So geben selbst die Leidtragenden der Akkumulation Marx noch einmal recht und erweisen sich als die „Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse“. Ihre praktischen Schwierigkeiten und ihre Not lassen sie sich als Notwendigkeit, als Sachzwang einleuchten, und werden nur noch in einer Hinsicht kritisch: Wenn die flächendeckende Senkung des Lebensstandards schon unabänderlich ist, dann soll sich gefälligst keiner mehr herausnehmen als sie; am allerwenigsten die Ausländer, die eigentlich sowieso nicht hierhergehören.

Deshalb ist der Kommunismus tot. Die Professoren können Marx abhaken. Und der Kapitalismus funktioniert, wie es in seinem Buche steht.

Lektürehinweise

Was bleibt von Marx? Jedenfalls das „Kapital“ in drei Bänden:

Marx Engels Werke (MEW) Bde. 23, 24, 25; aufschlußreich auch ein Aufsatz der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT 2-92: Die Ware Arbeitskraft in der Theorie von Karl Marx - Die Lohnarbeit in der Praxis Deutschlands.

“Uni-Skandal” an der FAU: Prof. Dr. Maximilian Forschner (Philosophie) schreibt ab Eine Komödie

und kein eigentlicher Skandal ist der Umstand, daß Philosophie-Prof **Forschner** mehr oder weniger beim Abschreiben erpapt worden ist.

Ja, wenn die Beschwerden, die vom SPIEGEL über UNICUM bis zur STUVE-Zeitung zu hören waren, wenigstens dem *Inhalt* des grandiosen Werks “Über das Glück des Menschen” gegolten hätten, das laut SPIEGEL (30/2000) gegen “die ‚unheilvollen Folgen‘ der modernen Spaßkultur anschreibt”! Fragen wie:

1. Wo dieser Mensch eigentlich lebt – die Mehrzahl seiner Zeitgenossen wird schon noch etwas anderes zu tun haben, als täglich ein Fass aufzumachen –,
2. was er dessenungeachtet überhaupt gegen Spaß hat – erst die Arbeit, und dann das Vergnügen? ach nee! –, und

3. wie er schlußendlich auf den blöden Einfall kommt, ausgerechnet von einer "kapitalistischen Maschine des Glücks" wissen zu wollen – als ob der Kapitalismus im wesentlichen zur Volksbelustigung da wäre –, hätten uns schon gefallen.

Die daraus zu gewinnende Einsicht wäre vielleicht etwas langweilig gewesen: Der gute Professor wiederholt eben zum ungefähr hunderttausendsten Male das, was seine Berufsbezeichnung auf lateinisch auch ankündigt: er *bekannt* sich zu der pfäffischen Lehre, dass es auf Erden um Höheres geht als schnöde Bedürfnisbefriedigung, und tut das – weil man dafür nicht argumentieren kann – mit dem Stilmittel der negativen Übertreibung.

Dem Tugendbold besteht dann halt die ganze Welt aus minderwertigem Spaß, und "modern" und "kapitalistisch" soll dieses Schreckensbild dann obendrein sein. Wie gesagt langweilig, weil noch jeder Kirchenvater zu seiner Zeit vermeldet hat, daß der Abfall von Gott und den zehn Geboten aber sowas von verwerflich und zeittypisch in einem ist. Aber dass dieser Quark selbst an Universitäten des 21. Jahrhunderts noch vertreten wird, ohne allgemeines Gelächter auszulösen, wäre immerhin eine Einsicht und zu weiterführenden Nachfragen gut gewesen.

Doch nein. Die scharfsinnige Weisheit z.B. **"Wenn man ein moralisch gutes Leben führt, dann ist man ohne Zweifel zu loben."** fängt sich nicht die Kritik ein, mit welchen Sinnsprüchen alter Omas man heutzutage immer noch einen Lehrstuhl ausfüllen kann. Es handelt sich – was es alles gibt! – bei diesem Kalauer wie bei vielen weiteren vielmehr um ein *Plagiat* aus dem Englischen, das im Original eines gewissen Urmson auch nicht weniger bescheuert klingt: **"If one lives a moral life one is, no doubt, to be praised."** Ja, da geh her.

Wir wollen hier gar nicht dem Problem nachspüren, ob ein Moralphilosoph zu loben ist, wenn er im Überschwang seiner frohen Botschaft die üblichen Spielregeln des Zitierens außer acht läßt; wahrscheinlich ist er einfach selbst ein Opfer des von ihm beschworenen Zeitgeists geworden. Nur, einem Pfaffen im Wissenschaftlertgewand den uralten Scherz nachzuwerfen, daß man nicht Wasser statt Wein predigen und dann aus lauter Faulheit den letzteren saufen soll – wie es die STUVE mit dem Vorschlag macht, den Prof ins Proseminar zurückzusetzen, wo er mit ähnlich unsauberen Arbeiten von seinesgleichen zur Schnecke gemacht würde –, das halten wir für verfehlt. Auftrag und Verstand des Herrn **Forschner** beweisen sich schließlich weder am Stoff noch an der Herkunft seiner paar Gedanken, sondern an seinem Amt. *Whom God gives a duty, him gives he also reason*, steht ganz bestimmt schon bei Urmson.

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Für Psychologen, Pädagogen und Philosophen eine immer wieder
heiße - gleichwohl falsche Frage:

Ist der Wille frei oder determiniert?

Philosophen bringen es einfach nicht fertig, sich einen Gegenstand vorzunehmen und ihn zu erklären. Ohne einen *leitenden Gesichtspunkt*, unter dem die Sache erst interessant erscheint, tun sie es nie. Philosophische Traktate über den Willen, sofern sie sich überhaupt noch zur Sache äußern und nicht darüber reden, wie man darüber reden müsste, treiben sich stets in der langweiligen Alternative von Freiheit und Determination herum, ganz so, als wäre es das, was an Willensäußerungen erklärungsbedürftig ist; bzw. als ob es eine Erklärung irgendeiner Tat wäre, dass einer tut, was er tut, weil er es *will*, oder weil er es *muss*.

Den Willen hinterfragen

Man weiß aus dem gewöhnlichen Leben, dass das nicht die Antworten sind, die erwartet werden, wenn gefragt wird, warum einer etwas tut. Mehr noch, obige alternative Antworten sind geradezu die Zurückweisung der Frage, die Weigerung, dem Frager die eigenen Gründe auseinanderzusetzen. Antworten, die deshalb immer motzig vorgetragen werden: "Ich will eben!" (Fußballspielen, Demonstrieren) - ist keine Auskunft, und teilt nur eines mit: *Ich* habe schon meine Gründe und über die hast du dir kein Urteil zu erlauben. Umgekehrt: "Ich muss ganz einfach!" (dir um den Hals fallen, eine runterhauen): Ich habe wichtige *Gründe*, die Zweifel verbieten.

In diesen Fragen und in der Unzufriedenheit mit den Antworten weiß jeder, wie es mit Freiheit und Determination des Willens bestellt ist: Die *Willensfreiheit* besteht darin, dass der Wille, die praktische Seite des Bewusstseins, *seinen Inhalt weiß*.

"Das Theoretische ist wesentlich im Praktischen enthalten: ..., denn man kann keinen Willen haben ohne Intelligenz. Im Gegenteil, der Wille hält das Theoretische in sich: der Wille bestimmt sich; was ich will, stelle ich mir vor, ist Gegenstand für mich." (Hegel, RPh § 4, Zusatz)

D.h. der Verstand kennt und beurteilt die Gründe, von denen er sich bestimmen lässt (Als unnütz erkannte Zwecke wird er fallen lassen, weniger wichtige zurückstellen usw.).

Die Freiheit des Willens verwirklicht sich andererseits eben im Entschluss zu einem Inhalt, der angenehm, nützlich oder sonstwie wünschenswert ist. Freiheit getrennt vom und gegen den Willensinhalt gibt es nicht.

“Das Ich geht ... zum Setzen einer Bestimmtheit als eines Inhalts oder Gegenstandes über. Ich will nicht bloß, ich will etwas. Ein Wille, der ... nur das abstrakt Allgemeine (seine leere Freiheit) will, will nichts und ist deswegen kein Wille.” (Hegel, RPh § 6, Zusatz)

Die Philosophen, die dies durchaus auch wissen, zeigen sich an dieser Bestimmung der “empirischen Freiheit” durchaus desinteressiert. Sie hinterfragen die Bestimmungen, an denen sie gar nichts Kritikables gefunden haben:

“Dem empirischen Begriff der Freiheit zufolge heißt es: frei bin ich, wenn ich tun kann, was ich will; und durch das ‚was ich will‘ ist schon die Freiheit entschieden. Jetzt aber, da wir nach der Freiheit des Willens selbst fragen, würde demgemäß die Frage sich so stellen: ‚Kannst Du auch wollen, was Du willst?‘” (A.Schopenhauer, Preisschrift über die Freiheit des Willens, Zürich 1977, S.46)

So sehr der gute Schopenhauer die Dummheit der Hinterfragerei weiß ...

“Welches herauskommt, als ob das Wollen noch von einem anderen hinter ihm liegenden Wollen abhinge und, gesetzt diese Frage würde bejaht, so entstünde alsbald die zweite: ‚Kannst Du auch wollen, was Du wollen willst?‘ und so würde es ins Unendliche hinausgeschoben werden” (ebd)

..., so wenig will er darauf verzichten; denn der nicht-empirische “Begriff von Willensfreiheit” auf den Schopenhauer stellvertretend für seine Zunft aus ist, ist nur über diesen Fehler zu haben: Seine Frage heißt jetzt nicht mehr: “Was willst Du?”, sondern “Kannst Du Beliebiges, völlig Unbestimmtes zum Inhalt Deines Willens machen?” = “Kannst Du auf jeden bestimmten Willensinhalt verzichten?” Nur diese Freiheit des Menschen von seiner eigenen Bedürftigkeit, Nutzen und Interessen dünkt Philosophen echte Freiheit.

“Wenn daher die Materie des Wollens, welche nichts anderes als das Objekt einer Begierde sein kann, die mit dem Gesetz verbunden wird, in das praktische Gesetz als Bedingung der Möglichkeit desselben hineinkommt, so wird daraus Heteronomie der Willkür, nämlich Abhängigkeit vom Naturgesetze, irgend einem Antriebe oder Neigung zu folgen, und der Wille gibt sich nicht selbst das Gesetz, sondern nur die Vorschrift zur vernünftigen Befolgung pathologischer Gesetze.” (Kant, Kritik der praktischen Vernunft, § 8)

Die falsche Alternative, ob der Wille denn wirklich frei oder determiniert sei, leugnet nicht nur die Freiheit des Willens, die darin liegt, dass jeder um seine Bedürfnisse, Vorstellungen und Umstände seines Tuns weiß, und sich mit Gründen zu etwas Bestimmten entschließt. Sie leugnet sie mit dem falschen Argument, dass mit den Gründen, die ein Subjekt für sich gelten lässt,

wenn es einen Zweck fasst, der Wille sich durch etwas ihm Äußeres, Fremdes bestimmt findet - als bestünde die Freiheit des Willens nicht gerade darin, *sich* einen bestimmten Inhalt, um den man weiß, *zu geben*. Und sie konstruiert damit die Freiheit als etwas, das sich nur jenseits und in Gegensatz zu jedem - weil von außen aufgenommenen - Inhalt im leeren Selbstbezug verwirklicht.

Der Kampf der beiden sich selbst aufhebenden Willensbestimmungen

So wird ein Bild vom Willen gezeichnet, bei dem jeder Handlungsgrund (= jeder "vernünftige" Handlungsinhalt) die Willensfreiheit widerlegt: Jede Tat, für die es Gründe gibt, ist "Heteronomie"; die Gründe werden als gegen den Willen selbständige Mächte - "Triebe, Motive, Neigungen" etc. - vorgestellt, denen dieser unterworfen sei. Man fragt sich, was für ein Freiheitsdrang da eigentlich unterworfen sein soll, wenn das Handeln sich ohne alles Selbstbewußtsein und Urteilen als Mechanismus vorgestellt wird, der von den äußeren Trieben und Neigungen bestimmt wird.

Die Diagnose der Unfreiheit des Willens unterstellt umgekehrt ihr Gegenteil: Will man sich die Tat als frei denken, so muß man sie als *frei gegen alle Gründe* gewählt auffassen (korrekt bebildert in der sinnlosen, bzw. total anti-nützlichen Tat), so dass *die Freiheit selber der Grund* der bestimmten Handlung sein soll. Hier fragt man sich, wie die leere Freiheit, deren ganze Bestimmung rein negativ darin bestehen soll, sich von keinem objektiven Inhalt, keinem Grund "determinieren" zu lassen, sich aus lauter Freiheit, also zufällig auf einen bestimmten Inhalt werfen soll.

"Der Determinismus hat mit Recht der Gewißheit jener abstrakten Selbstbestimmung den Inhalt entgegengehalten, der als ein vorgefundener nicht in jener Gewißheit enthalten und daher ihr von außen kommt, obgleich dies Außen der Trieb, Vorstellung, überhaupt das so erfüllte Bewußtsein ist." (Hegel, RPh, § 15)

Wenn Willensfreiheit die Fähigkeit zum Abstrahieren von allem Willensinhalt, zum Verzichten ist, dann setzt *diese* Freiheit eben auch umgekehrt den Determinismus voraus. Das hat man davon, wenn man die Frage nach den Gründen, aus denen sich der Wille seinen Inhalt gibt, mit allgemeinen Reflexionen über den Willen beantworten will.

Den polulären Gedankenexperimenten in Sachen "Freiheit oder Determinismus" geht es nicht besser: "Aber essen *muss* man doch, da ist man nicht frei ..." - Ja eben, deswegen *wollen* es alle so gerne! Und sind so frei! Das ist schon eine alberne Theorie, die denselben Willensinhalt, essen, wenn er aus-

geführt wird, als Indiz der Unfreiheit, wenn er unterlassen wird, als Indiz der Freiheit nimmt.

Schließlich widerlegen noch die Streitparteien durch ihren Streit ihre gegensätzlichen Positionen. Der Determinist versucht es immerhin mit *Argumenten* und bastelt nicht an den Genen oder dem "Milieu" seiner philosophischen Kontrahenten herum, unterstellt also praktisch, dass das, was einer denkt und tut, sich seiner *Einsicht* in Gründe verdankt. Und der Mann von der Freiheit, der ebenso *argumentiert*, gibt dadurch zu erkennen, dass ihm durchaus etwas geläufig ist, was den Willen zu bestimmen vermag: theoretische Auskünfte darüber nämlich, wie es auf der Welt zugeht. Nichts wäre doch absurder, als sich wechselseitig von etwas *überzeugen* zu wollen, wenn alle immer nur wollen, was sie wollen, weil sie es wollen.

Vom Grund zur Schuld - eine durch und durch moralische Frage

Die *Leistung* der falschen Frage soll über ihrem Fehler aber nicht vergessen werden: Wenn das, was ein Mensch tut, unter der Alternative, "Will er oder muss er tun, was er tut?" betrachtet wird, dann ist es angesichts der Offensichtlichkeit, dass man alles, was man nicht gerade aus Versehen bewirkt, auch will, eigentlich die verdoppelte Frage: "Willst du auch wirklich, was du willst?"

Das ist aber nicht mehr die Frage nach den Gründen einer Handlung, sondern danach, wie sich jemand zu seinem Tun stellt, ob er es als das Seine anerkennt oder nicht. In Wahrheit handelt es sich also um die Frage danach, ob einer auch einsteht für sein Tun! Es ist die Frage, ob der Mensch - in seiner Freiheit, die Handlung auch zu lassen - getrennt vom Inhalt und damit den Gründen seines Tuns dieses als Akt seiner Freiheit begreift, also bereit ist, die *Verantwortung* für sein Tun zu übernehmen.

Mit der Frage nach der Verantwortung wird jedwedes Handeln auf einen zweiten, der Handlung selbst äußerlichen Maßstab bezogen: Dass der Handelnde sich von dem, was er tut, einen Nutzen, ein Vergnügen oder sonst etwas verspricht, liegt auf der Hand. Ob er es auch verantworten kann, fragt danach, ob er die Handlung auch im Lichte eines zweiten, höheren, dem unmittelbaren Materialismus der Handlung widersprechenden Maßstab rechtfertigen kann, soll und/oder will. Bei Verantwortung geht es immer um Gut und Böse, Erlaubt und Verboten und die Frage, ob der Mensch schuldig ist.

Diese *Gleichsetzung von Freiheit und Verantwortung* ist die positive Kehrseite dessen, dass die Philosophie die Freiheit des Willens nur im Nein zu

jedem bestimmten rationellen Willensinhalt entdecken mag. Dass der Wille da unfrei sei, wo er etwas zu seinem Inhalt macht, und nur da frei, wo er gegen jede "äußere" Bestimmung sich aus sich heraus einen Inhalt gibt, denkt den "freien" Willen schon immer als auf einen ihm gemäßen Inhalt bezogen - sonst wäre es der leere Selbstbezug. Dieser der "Freiheit" des Willens gemäße Inhalt besteht dann aberwitziger Weise - da rationale Gründe ja für Philosophen Unfreiheit und Determination bedeuten - ausgerechnet in - grundlosen - Werten und Normen, denen sich der Wille *aus freien Stücken unterwirft!*

Es ist dies die Betrachtungsweise von Juristen, denen nichts selbstverständlicher ist als das Postulat, dass der Verstand jede Handlung an den geltenden Vorschriften zu relativen habe und das auch noch für *vernünftig* halten solle, und zielt auf die Befriedigung eines ebenso aus dem Rechtswesen bekannten "Erkenntnis"-Interesses: die Frage nach der *Zurechnungsfähigkeit von Schuld*. Im Unterschied zur juristischen Frage nach der Verantwortlichkeit des Täters steht hier allerdings der Mensch als solcher vor dem (philosophischen) Sachverständigen in Sachen Schuldfähigkeit und so steht auch nicht die etwaige Trunkenheit, Verrücktheit usf. eines Gesetzesbrechers zur Diskussion, sondern Antworten prinzipiellerer Natur:

"Wie wäre es eigentlich mit der Annahme, das Bewußtsein der Selbstbestimmung sei Täuschung? Das bedeutete eine grundsätzliche Selbstverkenning des Menschen, eine Selbstüberschätzung in seinem Wesenskern, eine Art metaphysischen Größenwahns. Er schriebe sich naiverweise und mit Notwendigkeit eine Autonomie zu, die er nicht besäße, fühlte sich im Besitz einer Macht, die nicht die seine wäre, sondern umgekehrt ihr Spiel mit ihm triebe." (Wenn dem so wäre, könnte es bei aller Determiniertheit dem Menschen auch wieder nicht verborgen bleiben. Aber mit der Kritik aberwitziger Gedankenkonstruktionen hat es der Freiheitsphilosoph nicht, dafür hält er es umso mehr mit Morgenstern: "Also schloss er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf!":) *"Man stünde damit also in der ethischen Skepsis. Denn mit der Freiheit fiele auch der Sinn der sittlichen Werte am Menschen."* (Nicolai Hartmann)

Eine solche wertethisch orientierte moralische Anmache will sich ein aufgeklärter Determinist nicht gefallen lassen. Also gibt er sie zurück:

"Wären Willensentschlüsse ursachlos, so hätte es keinen Sinn, eine Einwirkung auf einen Menschen zu versuchen, und man sieht sofort, dass dies der Grund wäre, warum wir ihn nie zur Rechenschaft ziehen könnten," (Was "wir" aber selbstverständlich wollen!) *"sondern immer nur ein Achselzucken für sein Verhalten haben würden."* (Schlick, Fragen der Ethik)

Gegen die andere Partei hat er so auch nicht weniger recht als die gegen

ihn. Wer grundlos handelt, bei dem geht auch moralische “Einwirkung” ins Leere. Was, die falsche Alternative unterstellt, wieder ein guter *moralischer Grund* für den Determinismus ist. Der aber wieder die *Verantwortlichkeit* eines Produkts von Genen oder Umwelt “nicht erklären kann”. Usw., usf. ...

So wirft jeder dem anderen vor, er betreibe - durch eine falsche *Theorie!* - die Abschaffung von etwas, das erklärter Maßen allen furchtbar am Herzen liegt, pflegt so das bisschen künstliche Aufregung, das zu einer im Bewusstsein ihrer “Relevanz” geführten Debatte bürgerlicher Ideologen dazugehört, und ist dabei durchaus zufrieden, im Konzert der Meinungen als andere Seite der anderen Seite *auch* seinen Platz zu haben.

Das widersprüchliche Menschenbild der Moral

Der Widerspruch der von allen geteilten moralischen Weltansicht fordert und verbietet eben beide Positionen gleichermaßen.

Denkt man sich Zwang als begründete, vernünftige Sache, als dem gezwungenen Willen gemäß, setzt also Freiheit mit Pflichterfüllung identisch, dann muss man der Pflichtverletzung den Charakter der freien Handlung absprechen. *Bedingungen* haben sich störend geltend gemacht. Wenn das so ist, war aber auch die Pflichterfüllung nicht *frei*, sondern *abhängig* vom Ausbleiben der störenden Bedingungen. Der Wille ist also *determiniert*, eine Identität von Freiheit und Pflichterfüllung gibt es nicht. Wenn die Pflichterfüllung frei sein soll, muss es die Pflichtverletzung auch sein. Dann *ist* der Wille *frei*. Aber dann ist auch der Gehorsam nicht sein Gesetz, Freiheit und Pflichterfüllung fallen wieder nicht zusammen. Der Wille muss also doch *beides* sein, frei *und* determiniert ...

Ein “Nest von Widersprüchen”, in dem jedes Extrem auf das andere verweist und keines leistet, was es soll. Die tausenderlei Varianten und Vermittlungsversuche, die auf diesem Feld zusammengebastelt wurden, unterscheiden sich nun einfach nach dem Radikalismus, mit dem der *Anspruch betont* wird, der darin liegt, sich jeden Willens*inhalt* nur als Mittel der Realisierung der abstrakten Willens*freiheit* zu denken. Die idealistische Freiheitsfraktion traut “dem Menschen” in Sachen Distanz zu den eigenen Zwecken einiges zu. Die “naturwissenschaftlich denkenden” Realisten warnen vor überzogenen Erwartungen.

“Der Wille ist frei”

Er will also, was er will. Die Lüge, auf die es diese Tautologie abgesehen hat, ist die Behauptung, dass alles, was *mit* freiem Willen geschieht, dass also

alles, was sich ein Wille zum Inhalt setzt, *aus* freiem Willen geschieht, seinen prinzipiellen Grund in der Willensfreiheit hat. Gibt einer sein Geld her, weil ihm die Alternative: “Geld oder Leben!” eröffnet wurde, so wird behauptet, dass dies aus freiem Willen geschehen ist. Beweis: Er hätte ja auch das größere Übel wählen können.

Auf diesen zynischen Beweis der Unmöglichkeit von Zwang kann die Philosophie deswegen nicht verzichten, weil sie von ihrem Interesse an der Konstruktion einer ganz prinzipiellen Schuldfähigkeit des Menschen her einen Begriff von Willensfreiheit braucht, der diese nur in der Unterwerfung unter die als “vernünftig” eingesehenen Werte realisiert sieht. Freiheit ist nach dieser Definition die Fähigkeit, auf jeden Zweck, den sich ein Wille setzt, aus “Einsicht in die Notwendigkeit” Verzicht leisten zu können. Die Freiheit besteht in nichts anderem, als gegen alle materiellen Gründe moralisch handeln zu wollen.

Mit dieser Definition wird der Verstoß gegen jene moralischen Ehrentitel, in deren Namen Verzicht eingefordert wird, zum Zweck des ungehorsamen Willens erklärt. Nach dieser Logik will der Dieb nicht das Geld, das er klaut, sondern den Diebstahl. Beweis: Er hätte ja den Diebstahl nicht begehen müssen, also hat er ihn gewollt. Dieser Überlegung zufolge wird die Tat des Diebes auch nicht an einem dieser äußerlichen und ihr entgegengesetzten (gesetzlichen) Maßstab gemessen, ein Maßstab, ohne den diese Tat im übrigen gar nicht als Diebstahl zu bezeichnen wäre. Vielmehr widerfährt dem Willen des Diebes Gerechtigkeit, wenn er zur Verantwortung gezogen wird.

Der philosophische Begriff der Willensfreiheit als der allgemeinen Fähigkeit, im Namen höherer Maßstäbe Verzicht zu leisten, erklärt es zum Auftrag des Willens selbst, seinen materiellen Inhalt an ihm entgegengesetzten Maßstäben zu messen und ist damit die Rechtfertigung von Pflichten und der damit einhergehenden universellen Schuldzuweisung an den Willen, der nicht die Unmöglichkeit beherrscht, seine Inhalte an dem auszurichten, was ihnen entgegensteht.

Es wäre daher auch ganz unphilosophisch, nach den Gründen eines solchen Gegensatzes zu fragen, um mit diesen jenen aus der Welt zu schaffen. Auch eine Rechtfertigung von Gewalt.

“Der Wille ist determiniert”

Der Dieb will auch in diesem Fall das Geld nicht; er muss es einfach haben. Seine Kindheit, Erziehung, Umwelt oder gar die Gene haben aus ihm einen Dieb gemacht. Jeder Sozialisationstheoretiker weiß, dass etwa eine streng

katholische Erziehung den ihr Ausgesetzten mit unabweisbarer Notwendigkeit dazu bringt, ein braves Schaf zu werden - oder aber ein Rebell, ein ehrgeiziger Manager oder ein ordnungsfanaticher Faschist ... Eine sehr überzeugende Notwendigkeit also, die immer alle Möglichkeiten offen lässt und gleichwohl von vorneherein feststeht. Diese Unausweichlichkeit für den Willen ist eben eine willentlich in die Welt gesetzte Lüge, die jeder beim Delinquenten im Gerichtssaal, der seine Klautour mit fehlender Nestwärme im Elternhaus rechtfertigt, sofort als heuchlerische Berechnung auf strafmildernde Umstände durchschaut haben will.

Ganz anders, wenn die moralphilosophische Verankerung der Pflicht im Willen vorgenommen wird. In unserer Wissenschaft geht es wieder wie vor Gericht zu. Diesmal plädiert die Verteidigung für Schuldunfähigkeit. Der Dieb verachtet den Diebstahl an sich, aber er konnte leider nicht anders. Dass die Leute sich nicht an die aufgemachten Anstandsregeln halten, obwohl sie doch ihrem Willen *gemäß* sein sollen, irritiert die Moralphilosophie nicht in ihrer Behauptung. Mit der Alternative - Determinismus - wird das von ihr postulierte Bedürfnis nach Pflichterfüllung als *eigentliche* Natur des Willens aufrecht erhalten: Dass keiner *tatsächlich* aus Pflicht handelt, beweist eben, dass er an dieser Pflichterfüllung *gehindert* worden sein muss, sonst wäre er doch anständig geblieben. So wird die dogmatische Gleichsetzung von Wille = Pflichterfüllung zum Argument, bei vorfindlichen "Verstößen" dem Menschen den Willen abzusprechen. Wer die *Pflicht* nicht will, kann das, was er tut, gar *nicht gewollt* haben. So wird die Schuldfähigkeit zum Problem, das man sich unbedingt machen muss; vor dem *Glauben* an das eigene Konstrukt eines determinierten Willens wird aber wiederum gewarnt, weil die konstruierte Generalentschuldigung das für wichtig befundene Generalbeschuldigungsprogramm verhindern würde.

Was, wiederum andersherum, aber nicht heißt, dass nicht auch die "totalitäre" Vorstellung der *Realisierbarkeit* des moralischen Ideals gefährlich sein soll. Auch sein Würstchencharakter hat im moralischen Bild vom Menschen seinen bleibenden Platz.

Sozialistische Gruppe (SG)

Allen Lesern unserer Zeitung, die an den Argumenten etwas finden, bieten wir einen regelmäßigen Diskussionstermin

Thema unserer Diskussionstermine
im Wintersemester 2000/2001:

Der bürgerliche Staat

- Kritik der Vorstellung, beim Wirken des bürgerlichen Staates handle es sich um eine Unterstützung der Bürger bei der Bewältigung ihres Zusammenlebens
- Klarstellung, dass sein Wirken die Einrichtung eines Klassenverhältnisses ist, in dem die Armut der Einen funktionell für den Reichtum der Anderen ist.

Weitere Informationen und Texte unter
www.sozialistischegruppe.de

mittwochs
14-tägig
20.00 Uhr c.t.

Sprecherrat
Turnstr.7
Erlangen

25. Oktober
Rechtsstaat

8. November
Volk & Nation

22. November
Sozialstaat

6. Dezember
Umwelt
& Ökologie

20. Dezember
17. Januar
31. Januar
14. Februar